

Hamas weist Israels Forderung zur Entwaffnung entschieden zurück

Hamas lehnt Israels Entwaffnungsforderungen ab. Mediatoren aus Ägypten, Katar und den USA bemühen sich um eine Waffenruhe.



Gazastreifen, Palästina - Die Konfliktsituation zwischen Israel und der Hamas ist erneut in den Fokus gerückt, nachdem die Hamas kürzlich die israelische Forderung nach ihrer Entwaffnung als „völlig inakzeptabel“ abgelehnt hat. Diese Forderung wurde über ägyptische Vermittler an die Hamas-Delegation übermittelt. Aktuell laufen indirekte Verhandlungen über eine mögliche Waffenruhe, geleitet von Ägypten, Katar und den USA.

Ein zentrales Thema der aktuellen Gespräche ist die Freilassung der letzten israelischen Geiseln sowie die Entlassung palästinensischer Gefangener aus israelischen Haftanstalten. Außerdem steht die Wiederaufnahme der blockierten Hilfslieferungen für die notleidende Bevölkerung im Gazastreifen

zur Diskussion. Trotz dieser Bemühungen ist die Situation angespannt, da die letzte Waffenruhe vor fast einem Monat aufgrund mangelnder Einigkeit über die Modalitäten endete.

Proteste und Militärische Auseinandersetzungen

Im Gazastreifen gibt es inzwischen auch Proteste gegen die Hamas. Zahlreiche Demonstranten fordern den Abzug der Hamas und zeigen sich unzufrieden mit den verheerenden Kriegsfolgen. Hunderte Menschen haben in den letzten Tagen demonstriert, während die Hamas eindringlich vor einer Unterstützung für Israel warnt. Diese Proteste sind Teil eines größeren Kontextes, der durch massive Zerstörungen in Gebieten wie Beit Lahiya gekennzeichnet ist.

Die militärische Situation bleibt bedrohlich, da Israel seit Tagen verstärkt Luftangriffe auf den Gazastreifen führt. Der aktuelle Konflikt, der am 7. Oktober 2023 mit einem Überfall der Hamas begann, hat bereits zu über 50.100 Toten im Gazastreifen geführt, wobei ein Drittel davon Kinder und Jugendliche sind. Internationale Organisationen haben die Zahlen als glaubwürdig eingestuft, auch wenn sie nicht unabhängig überprüft werden können.

Verhandlungen und internationale Reaktionen

Die Vermittlerstaaten fordern sowohl Israel als auch Hamas zur Wiederaufnahme von Gesprächen über eine Waffenruhe auf, die möglicherweise am Donnerstag in Doha, Katar, beginnen sollen. Jedoch hat die Hamas signalisiert, dass sie nur an Gesprächen teilnehmen wird, wenn ein konkreter Plan vorgelegt wird. Ein Sprecher der Hamas sagt, sie sei bereit, über Vorschläge von US-Präsident Joe Biden zu verhandeln, lehnt jedoch eine direkte Teilnahme an Gesprächen mit Israel ab.

In diesem Zusammenhang betonen hochrangige Diplomaten der USA, Deutschlands und Großbritanniens die Dringlichkeit einer Waffenruhe und die Notwendigkeit, die Geiseln freizulassen. Der deutsche Botschafter Steffen Seibert hebt die alarmierenden Zustände im Gazastreifen hervor und fordert zügige Maßnahmen. Der Konflikt hat inzwischen nicht nur die regionale Stabilität gefährdet, sondern auch Sorgen über einen möglichen großangelegten Angriff Irans auf Israel ausgelöst.

Zusätzlich zu den Bemühungen um eine Waffenruhe hat Israel die Genehmigung für den Bau einer neuen Siedlung im besetzten Westjordanland erteilt. Finanzminister Bezalel Smotrich hat den Plan für die Siedlung Nahal Heletz bekannt gegeben und betont, dass die Entwicklung nicht durch internationale Kritik aufgehalten werden kann. Die UN betrachtet die israelische Siedlungspolitik im Westjordanland als völkerrechtswidrig, was die Spannungen weiter verstärkt.

Die Verhandlungen über einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten stehen daher vor enormen Herausforderungen, und die internationale Gemeinschaft beobachtet die Entwicklungen mit Sorge.

Details	
Vorfall	Krieg
Ort	Gazastreifen, Palästina
Quellen	• www.zvw.de • www.zdf.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de